

[Jürgen P. Lang](#)
Zwischen Extremismus und Realpolitik?
Die Linke in Bayern

<http://www.txt.extremismus.com/linke-bayern.pdf>

29. März 2015

1. Wahlen in einem fremden Land

Wer Mitte der 1990er Jahre den bayerischen Landesverband der PDS besuchte, konnte in dem Hochhausbüro an der Rosenheimer Straße in München einen freundlichen älteren Herren antreffen. Höflich begrüßte er in die einzelnen Räume, in denen Angehörige der linksextremen Szene Theoriedebatten führten. Niemand begrüßte zurück. Der Mann hieß Heinrich Graf von Einsiedel und war Teil von „Gysis bunter Truppe“, parteilosen Bundestagsabgeordneten, die der PDS zu Reputation auch im Westen verhelfen sollten. Doch diese Amtshilfe aus Berlin war der bayerischen PDS zuwider. Bismarck-Urenkel von Einsiedel war in den linksradikalen Zirkeln als Nationalist verschrien und musste für den Einzug in den Bundestag auf die sächsische Landesliste ausweichen. Das „Sektierertum“ – so die von den PDS-„Reformern“ verwendete Bezeichnung – war symptomatisch für die PDS-Verbände in den alten Ländern, aus denen der bayerische als besonders renitent hervorstach.

Mit der Konsolidierung der Partei im Osten ging kein Aufschwung im Westen einher. War die PDS in den neuen Ländern gut verankert, blieb sie in den alten ein gesellschaftlicher Fremdkörper, zurückgeworfen auf das linksextremistische Milieu. Die Gründe hierfür sind vielschichtig. Die West-PDS konnte nicht auf die stabile, aber stetig schrumpfende Klientel DDR-sozialisierter Bürger bauen. Die Partei bediente und kultivierte deren antiwestliche, antikapitalistische, antiliberalen und antiparlamentarischen Einstellungen, mit denen in den alten Ländern keine Wahl zu gewinnen war. Denn umgekehrt ging die Fremdheit der PDS gegenüber dem Westen im Westen mit einer Fremdheit gegenüber der PDS einher. Entsprechend blieben die Ergebnisse bei den Bundestagswahlen in Bayern bis 2002 im Nullkommabereich (Tabelle 1). Nur folgerichtig war die auch für andere West-Verbände ausgegebene (aber dort nicht immer befolgte) Devise der Parteizentrale, unter diesen Umständen nicht an Landtagswahlen teilzunehmen, bei denen noch dürrtigere Quoten zu erwarten waren.

Tabelle 1: Wahlergebnisse der PDS, Linkspartei.PDS bzw. der Linken bei Bundestagswahlen (BTW) und Landtagswahlen (LTW) in Bayern seit 1990

BTW 1990	BTW 1994	BTW 1998	BTW 2002	BTW 2005	LTW 2008	BTW 2009	LTW 2013	BTW 2013
0,2 %	0,5 %	0,7 %	0,7 %	3,4 %	4,4 %	6,5 %	2,1 %	3,8 %

Quelle: Zusammenstellung nach den amtlichen Wahlstatistiken

Der Bann brach 2005, als die PDS einen Pakt mit der westdeutschen Protestpartei WASG schloss und für deren Protagonisten die Wahllisten öffnete. Wahlanalysen zeigen, dass neben einem dezidiert gegen Rot-Grün gerichteten Anti-

Hartz-IV-Wahlkampf die Person des WASG-Spitzenkandidaten und ehemaligen SPD-Vorsitzenden Oskar Lafontaine entscheidend zum Erfolg beigetragen hat¹ – gerade in den alten Ländern, wo die PDS ihr Ergebnis von 2002 vervierfachte. Die 3,4 Prozent in Bayern lagen im Trend, jedoch unter dem West-Durchschnitt. Bei den anschließenden Landtagswahlen im Westen übersprang die 2007 zur Linken fusionierte Partei reihenweise die Fünf-Prozent-Hürde. Lediglich in Bayern scheiterte sie 2008 knapp, setzte mit 4,4 Prozent aber ein Ausrufezeichen. Die Linke konnte nicht entscheidend von den Verlusten der CSU profitieren: Eine klassische, die politischen Lager übergreifende Wechselstimmung gab es im Freistaat nicht.² Bei den Bundestagswahlen 2009 erzielte die Linke mit 11,9 Prozent ein Rekordergebnis. Erneut ging der Stimmenzuwachs (bei Stagnation im Osten) auf den wesentlich bevölkerungsreicheren Westen Deutschlands zurück. In den meisten alten Ländern verdoppelte die Partei ihren Zweitstimmenanteil gegenüber 2005 beinahe – in Bayern auf 6,5 Prozent. Dies wird wohl für lange Zeit das mit Abstand beste Ergebnis der bayerischen Linken gewesen sein.

Schon bei der Landtags- und bei der Bundestagswahl 2013 wurde sie wieder auf die Hälfte des Stimmenanteils reduziert. Die Linke flog von 2010 an reihenweise wieder aus westdeutschen Parlamenten, in die sie zuvor erstmals eingezogen war. Als Grund gilt Wahlforschern vor allem der Rückzug Lafontaines von der Spitze der Partei und der Bundestagsfraktion. Seine Nachfolger als Linken-Vorsitzende, Gesine Löttsch und der Bayer Klaus Ernst, entfalteten bei weitem nicht das Charisma des begnadeten Populisten. Zu dem Debakel trug auch bei, dass die Linke stur an der auf Arbeitslose und Arbeiter zugeschnittenen Wahlkampfstrategie festhielt und Änderungen der politischen Konjunktur ignorierte: Auf die Banken- und Finanzkrise gab die Partei keine überzeugende Antwort. Die bayerischen Quoten – 2,1 Prozent bei der Landtags- und 3,8 Prozent bei der Bundestagswahl – führten erneut vor Augen: Die Linke war bei den Wahlergebnissen – obendrein auf niedrigerem Niveau – stets abhängig vom Bundestrend. Dass sie bei Landtagswahlen durchgehend schwächer abschnitt als bei Bundestagswahlen, stützt den Befund: Eine „bayerische“ Partei ist die Linke nicht. Das Fazit von Horst Kahrs, einem für die Partei arbeitenden Wahlanalysiker, fällt ernüchternd aus: Die Linke stehe „auch in Bayern vor der Frage, ob und wie eine landespolitische [...] Verankerung gelingen kann oder ob sie im Westen [...] nur als Partei mit bundespolitischer Bedeutung wahrgenommen werden will“.³

Die bayerische Linke hatte sich bei beiden Landtagswahlen jedenfalls nicht der Mühe unterzogen, ein inhaltlich eigenständiges Profil zu entwickeln. Der Wahlkampf und die Wahlprogramme unterschieden sich in den Grundzügen kaum von der Agenda der Bundespartei und setzten nur verhaltene landespolitische Akzente. Sowohl 2008 als auch 2013 stand die „soziale Gerechtigkeit“ im Vordergrund, ein Thema, das die Partei bei den Kampagnen zur Bundestagswahl 2009 so erfolgreich ausgeschlachtet hatte: 61 Prozent der Linken-Wähler sahen diese Frage damals als entscheidend an.⁴ Dies trug auch in Bayern Früchte. Bei der

¹ Vgl. Harald Schoen/Jürgen W. Falter: Die Linkspartei und ihre Wähler, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 51–52/2005, S. 39.

² Vgl. Jürgen P. Lang: Akzeptanz trotz extremistischer Tendenzen? Wahlerfolge, Wahlkampf und Politik der Linken, in: Eckhard Jesse/Roland Sturm (Hg.): Bilanz der Bundestagswahl 2009. Voraussetzungen, Ergebnisse, Folgen, München 2010, S. 266 (herausgegeben von der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit).

³ Horst Kahrs: Die Wahl zum 17. Bayerischen Landtag am 15. September 2013. Wahlnachbericht. Manuskript, September 2013, S. 3 f.

⁴ Vgl. Lang (wie Anm. 2), S. 263.

Landtagswahl 2008 gewann die Partei überdurchschnittlich bei Arbeitern und Arbeitslosen, einer Klientel, die der alten PDS verschlossen geblieben war. Obwohl ein Großteil des neuen Potenzials später ins Nichtwählerlager zurückwanderte, stimmten noch bei der Landtagswahl 2013 sieben Prozent der arbeitslosen Wähler für die Linke⁵ – ein Vielfaches mehr als die 2,1 Prozent, die die Partei insgesamt erreichte. Eine stabile Stammwählerschaft wie in den neuen Ländern hat sich die Linke in Bayern gleichwohl nicht erarbeiten können, schon aufgrund des geringen Stimmenanteils. Allgemein verhielt sich die Wählerbasis in den West-Verbänden wie Flugsand. Dort ging, anders als im Osten, die (kurzfristige) Wahlabsicht nicht mit (längerfristiger) Parteibindung einher⁶ – Kennzeichen einer klassischen Protestpartei.

Ihr erstes Mandat auf kommunaler Ebene gewann die PDS 2002. Bei den Wahlen musste sie sich damals auf München, Nürnberg, Augsburg und Eichstätt beschränken. In Würzburg bekam sie nicht genügend Unterstützerunterschriften zusammen. Lediglich in der Landeshauptstadt gelang es mit Brigitte Wolf einer PDS-Kandidatin, in den Stadtrat einzuziehen. Nach der Fusion mit der WASG forcierte die Linke ihre Bemühungen. Die Schwerpunkte des Kommunalwahlkampfes 2008 lagen in Schweinfurt und Nürnberg, wo die Partei mit den ehemaligen Gewerkschaftern Klaus Ernst bzw. Harald Weinberg Gesicht zeigte. Tatsächlich konnte die Linke „dort Achtungserfolge erzielen, wo sie ihre wenigen prominenten landespolitischen Vertreter aufzuweisen“⁷ hatte. Die Vorzeigepolitiker lenkten allerdings davon ab, dass die Partei ihre Listen für Linksextremisten öffnete. Das galt zumal für das Wahlbündnis *Erlanger Linke*, aber auch für München und Nürnberg. Insgesamt kandidierten auf den diversen Wahlangeboten der Linken 44 Mitglieder der *Deutschen Kommunistischen Partei* (DKP), die zu dem Zeitpunkt in Bayern gerade mal 400 Mitglieder hatte. Die DKP verhehlte ihre Absicht nicht, mit den Kandidaturen „den Einfluss antikapitalistischer und kommunistischer Kräfte zu erhöhen“.⁸ Die Linke stellte nun 18 Stadträte in Bayern, in München und Nürnberg jeweils drei, in Schweinfurt sogar vier.

Sechs Jahre darauf gelang es der Partei – entgegen dem Negativtrend bei den Landtags- und Bundestagswahlen, die Zahl der Stadträte auf 34 fast zu verdoppeln (Tabelle 2). Hinzu kommen zwei Gemeinderäte und sieben Kreistagsmitglieder. Schlechter schnitt die Partei bei den Kommunalwahlen 2014 dort ab, wo wie in München die Konkurrenz im linken Spektrum größer war. Erneut konnte sie in Schweinfurt, Nürnberg und Fürth punkten, den Städten, in denen die Anti-Hartz-IV-Parolen der bekannten Gewerkschaftsaktivisten auf besonders fruchtbaren Boden fielen. Erfolgreich war sie aber auch in Kommunen mit örtlichem Protestpotenzial (Grafenwöhr, Freising) oder aber dort, wo die Linke zusammen mit außerparlamentarischen Initiativen antrat. Dies war – neben Erlangen – in Ansbach und Wasserburg der Fall, wo erneut DKP-Mitglieder vordere Listenplätze belegten. Der DKP-Bezirk Südbayern unterstrich die aktive Rolle der Kommunisten: „In München, Wasserburg, Moosburg und Freising haben Mitglieder der DKP auf den Listen der Linken bzw. gemeinsamen Listen kandidiert, die Wahlkämpfe aktiv unterstützt.“⁹ Dass der Münchner Stadtrat Çetin Oraner seine DKP-Mitgliedschaft bei der Listenaufstellung verschwiegen hatte, fiel nur auf, weil die SPD seinetwegen eine

⁵ Vgl. Kahrs (wie Anm. 3), S. 12.

⁶ Vgl. Martin Kroh/Thomas Siedler: Die Anhänger der „Linken“: Rückhalt quer durch alle Einkommensschichten, in: Wochenbericht des DIW, 41/2008, S. 628-634.

⁷ Florian Hartleb: Die Linke in Bayern. Entstehung, Erscheinungsbild, Perspektiven, München 2008, S. 26.

⁸ Parteivorstand der DKP: Antrag an den 18. Parteitag der DKP, Manuskript, 15. Oktober 2007.

⁹ Walter Listl: Einige Überlegungen zu den Kommunalwahlen in Bayern, Manuskript, 20. März 2014.

Koalition mit der Linken ausschloss. Die Aufforderung der Mitgliederversammlung, das Mandat nicht anzunehmen, ignorierte Oraner.

Die – relativen – Erfolge der Linken sollten nicht zu dem Schluss verleiten, die Partei beginne, sich in den bayerischen Kommunen zu verankern. Dazu sind die Ergebnisse zu dürftig. Sie hingen zudem zu stark von örtlichen Gegebenheiten ab, als dass sie sich zu einem gesamt-bayerischen Trend hochrechnen ließen. Hinzu kommt: Die Linke schafft es ob ihrer strukturellen Schwäche in Bayern nach wie vor nicht, flächendeckend anzutreten. Das Erfolgsrezept der Ost-Linken, sich in den Kommunen als „Kümmererpartei“ zu etablieren, griff in Bayern nicht.

Tabelle 2: Stadträte der Linken nach den Kommunalwahlen 2014 in Bayern

Stadt	Liste	Stimmenanteil	Räte
Ansbach	Offene Linke Ansbach	6,2 %	3
Augsburg	DIE LINKE	3,2 %	2
Bamberg	Linke Liste Bamberg	3,3 %	1
Coburg	DIE LINKE	2,9 %	1
Erding	Gemeinsamer Vorschlag LINKE/Piraten	2,0 %	1
Erlangen	Erlanger Linke	4,0 %	2
Freising	DIE LINKE	4,2 %	2
Fürth	DIE LINKE	4,4 %	2
Grafenwöhr	DIE LINKE	8,2 %	2
Hof	DIE LINKE	2,9 %	1
Ingolstadt	DIE LINKE	3,0 %	2
Laufen	DIE LINKE. Alternative Liste	5,3 %	1
Moosburg	DIE LINKE	2,8 %	1
München	DIE LINKE	2,4 %	2
Nürnberg	Linke Liste Nürnberg	4,1 %	3
Regensburg	DIE LINKE	3,1 %	2
Schweinfurt	DIE LINKE	7,2 %	3
Wasserburg	Linke Liste Wasserburg	4,2 %	1
Weißenburg	Gemeinsamer Vorschlag LINKE/Piraten	2,8 %	1
Würzburg	DIE LINKE	2,8 %	1

Quelle: Parteiangaben (Stand: 31. Dezember 2014)

2. Ein Hort des Extremismus

Der bayerische Landesverband der einstigen PDS verriet eine Strategie, von der die Wahlkampfmanager der Bundespartei damals eigentlich abkehren wollten. Galt den Bayern das von den „Reformern“ angestrebte breite gesellschaftliche Bündnis als ideologische Verirrung, war die strategische Fokussierung auf das ultralinke Spektrum für die Realpolitiker der falsche Weg. Den bayerischen Landesverband

schalten sie „sektiererisch“, von Extremismus war gleichwohl nicht die Rede. Die Realität sah freilich anders aus: Die kommunalen Wahlinitiativen *Linke alternative Liste München* (LaLM) und *Linke Internationale Liste* (LIL) in Nürnberg waren Mitte der 1990er Jahre faktisch Bündnisse zwischen PDS und DKP. Erfolg war ihnen nicht beschieden, obwohl sich sogar Gregor Gysi persönlich für die LIL ins Zeug gelegt hatte.

Die „Reformer“ schienen Recht zu bekommen. Deren Versuche, die bayerische PDS auf einen weniger ideologischen Kurs zu bringen, scheiterten jedoch deutlich. So konnte die von der Pateizentrale in Berlin aus implantierte *Initiative Linke Opposition* (ILO) keinerlei „reformerische“ Wirkung entfalten. Das Schicksal der Spaltung, das andere West-Verbände heimgesucht hatte, verschonte aus diesem Grund die bayerische PDS, zu groß blieb intern die Dominanz revolutionär-kommunistischer Gruppen. Selbstbewusst schrieb man den „Reformern“ im Jahr 2000 in klassischem linksextremistischem Duktus ins Stammbuch: „Wir warnen [...] davor, das politische Profil der PDS auf Wahlkämpfe und die Fixierung auf Parlamente zu reduzieren. Die PDS ist in erster Linie eine Partei, die in Opposition zu den herrschenden kapitalistischen Verhältnissen steht. Das bedeutet für uns, dass wir den Schwerpunkt unserer Arbeit in Bayern in den außerparlamentarischen Bewegungen [...] sehen.“¹⁰ Dass die bayerische PDS ob dieser ideologisch-strategischen Dispositionen kein landespolitisches Profil ausprägte und ihr Heil in „Antifa“- und „Antimilitarismus“-Kampagnen suchte, verwundert nicht. Die einzig bekannte Politikerin war bis zur Fusion 2007 die langjährige Bundestagsabgeordnete Eva Bulling-Schröter, ein ehemaliges DKP-Mitglied, dessen Forderung einer „sozial gerechte[n] ökologische[n] Erneuerung der Gesellschaft“¹¹ allerdings kaum jemand zur Kenntnis genommen haben dürfte.

Die Entwicklung der Mitgliederzahlen (Tabelle 3) verdeutlicht die sowohl gesellschaftliche als auch innerparteiliche Isolation der bayerischen PDS. Bis 2006 überholte sie die Mitgliedschaft der Splitterpartei DKP in Bayern nur mühsam. Die Jahre 1995 und 2003 verzeichnen Rückgänge in dem ohnehin mageren Bestand. In dem einen Fall verscheuchte der Umgang mit Heinrich Graf von Einsiedel die weniger Indoktrinierten, im anderen Fall war es das Debakel bei der Bundestagswahl 2002 und der anschließende Bundesparteitag in Gera, auf dem die „Reformer“ eine verheerende Niederlage erlitten hatten. Die Zahlen wären wohl noch weiter zurückgegangen, hätten nicht der Wahlpakt mit der WASG 2005 für eine Trendwende und die Fusion zur Linken zwei Jahre später für einen Quantensprung gesorgt. Allerdings: Einen nennenswerten Anstieg verbuchte die bayerische Linke seitdem nicht mehr. Die Zahlen sind allerdings mit Vorsicht zu genießen: Die Fluktuation in den westlichen Landesverbänden der Linken ist groß – viele dürften schlicht nicht über ihren wirklichen Mitgliederbestand im Bilde sein.

Tabelle 3: Mitgliederzahlen des Landesverbandes Bayern der PDS bzw. der Linken

1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
61	104	278	156	225	218	302	398	460	503	524
2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
457	439	601	699	2374	3225	3218	2847	2567	2290	2521

Quellen: Parteiangaben; Oskar Niedermayer, *Parteimitglieder in Deutschland: Version 2011*.

¹⁰ Sima Soraya/Stephan Straub: Pressemitteilung der PDS Bayern, Manuskript, 17. Oktober 2000.

¹¹ Zit. n. Hartleb (wie Anm. 7), S. 17.

Dass die bayerische PDS praktisch nie über die radikalen Zirkel hinaus gekommen war, ist eine Sache. Dass ausgerechnet diese Kräfte in der fusionierten Linken an höchster Stelle Machtpositionen bezogen, eine andere. Der Zusammenschluss mit der WASG hat die Partei keineswegs gemäßigt, im Gegenteil. Zum einen hat die westdeutsche Protestpartei nicht nur von der SPD enttäuschte Sozialdemokraten und Gewerkschafter in die Linke gebracht, sondern auch zahlreiche Angehörige trotzkistischer Kleingruppen. Zum anderen haben sich die ehemaligen WASG-Mitglieder in der Linken radikalisiert. Die zunehmende Distanz zur SPD und entsprechende Vorbehalte gegenüber rot-roten Koalitionen,¹² die strategische Fokussierung auf die Arbeiterklasse, vor allem aber die „systemfeindliche“ Agitation des ersten Linken-Vorsitzenden Oskar Lafontaine – all das machte sie zu Verbündeten der revolutionären Kommunisten in der Partei. Diese Phalanx brach die – von einer kurzen Phase nach Gera abgesehen – dauerhafte Vormacht der „Reformer“ in den Führungsgremien der Partei.¹³

Gewerkschafter wie Klaus Ernst, treuer Gefolgsmann und Nachfolger Lafontaines, machten Front gegen den „Pragmatismus“ der Ost-Verbände der Linken – Seit an Seit mit den neu entstandenen linksextremistische Zusammenschlüssen: In der *Antikapitalistischen Linken* (AKL) fanden revolutionäre Kommunisten orthodoxer Prägung zusammen, die *Sozialistische Linke* (SL) vereinte streng links gepolte Gewerkschafter (wie den WASG-Initiator Ralf Krämer) mit Trotzisten (wie die beiden Vorstandsmitglieder der Linken, Christine Buchholz und Janine Wissler). Die vier Abgeordneten, die der bayerische Landesverband 2013 in den Bundestag schicken konnte, bilden ein Panoptikum der fusionierten Partei: Die Gewerkschafter Klaus Ernst und Harald Weinberg stehen für den strategischen Kurs Lafontaines und dessen scharfe Angriffe auf die „Reformer“. Eva Bulling-Schröter, die umgehend in der AKL mitmachte, repräsentiert die Radikalen der alten West-PDS. Und mit Nicole Gohlke zog ein Ex-Mitglied des trotzkistischen *Linksruck* ins Parlament ein, einer Gruppierung, die sich inzwischen innerhalb der Linken als *marx21* eine einflussreiche Position verschafft hat. Gohlke gehört im Bundestag zu den außenpolitischen Hardlinern, die einen antiisraelischen Kurs steuern und Terrororganisationen wie *Hamas* als „Bündnispartner“¹⁴ bezeichnen.

Alle vier Bayern sind „Lafontainisten“ und damit Gegner aller realpolitischen „Entgleisungen“ in der Partei. Aber so harmonisch, wie man meinen könnte, ging es im bayerischen Landesverband nicht zu. Denn die Fronten verliefen ganz anders als in der Gesamtpartei. Während sich dort die „Lafontainisten“ mit „Reformern“ und „Pragmatikern“ bekriegten, war es in Bayern das Gewerkschaftslager um Klaus Ernst, das sich erbitterten Anfeindungen der (auf Bundesebene verbündeten) Linksextremisten ausgesetzt sah. „Reformer“ mischten im bayerischen Streit bezeichnenderweise nicht mit. Von Anfang an prägten Personaldiskussionen die Linke im Freistaat, deren 20-köpfiger Vorstand 2008 zur Hälfte aus Linksextremisten bestand.¹⁵ Den „rationalen Kern“ der harschen und skurrilen Auseinandersetzungen „herauszufinden“, schrieb die der Linken nahestehende Tageszeitung *Neues Deutschland*, „ist nicht so einfach, denn schon seit einiger Zeit geht es in

¹² Vgl. Eckhard Jesse/Jürgen P. Lang: Die Linke – eine gescheiterte Partei?, München 2012, S. 112 f.

¹³ Vgl. ebd., S.121-170.

¹⁴ http://www.abgeordnetenwatch.de/nicole_gohlke-180-25290--f223546.html; vgl. auch Matthias Meisner: Linke und Antisemitismus: "Widerlich und ekelerregend", in: Der Tagesspiegel vom 31. Mai 2011.

¹⁵ Vgl. Joachim Peter: Verfassungsschutz sieht Extremisten in Linkspartei, in: Die Welt vom 22. September 2008.

Vorstandssitzungen und bei Landesparteitagen weniger um inhaltliche Fragen als vielmehr um Regularien und die Anerkennung von Delegiertenmandaten.“¹⁶

Zunächst geriet der Ernst-Flügel ins Hintertreffen, als sich 2008 Frau Eva Bulling-Schröter bei der Wahl zum Parteichef gegen Fritz Schmalzbauer durchsetzte. Der Gewerkschafter tat anschließend demonstrativ im *Forum Demokratischer Sozialismus* mit, einem Zusammenschluss dezidierter „Reformer“. Anders als die diplomatisch agierende Eva Bulling-Schröter trieb ihr Co-Chef, der Aschaffener Franc Zega, die Kritik an Klaus Ernst zu weit. Dieser, schrieb Zega in einem Brief an die Mitglieder, „spaltet vor Ort, grenzt aus und versucht gutsherrlich, den Landesverband zu beherrschen.“¹⁷ Er sei deshalb für das Amt des Bundesvorsitzenden ungeeignet. Die Vorsitzenden von 14 der 43 bayerischen Kreisverbände warfen Zega nun ihrerseits die Spaltung der bayerischen Linken vor. Ein Sonderparteitag in Ernsts Wahlheimat Schweinfurt hievte im April 2010 dessen Mitarbeiterin Eva Mendl und den Münchner Verdi-Funktionär Michael Wendl in die Chefsessel – mit 52 bzw. 54 Prozent allerdings recht knapp. Zega war, die Abwahl vor Augen, nicht angertreten, auch Bulling-Schröter hatte auf eine erneute Kandidatur verzichtet.

Die Genugtuung des Gewerkschaftsflügels war jedoch nicht von langer Dauer. Bereits 77 Tage nach der Wahl trat Wendl von seinem Amt zurück. Seine realistischen Positionen etwa zum Mindestlohn seien im Landesverband nicht mehrheitsfähig gewesen.¹⁸ Xaver Merk, gebürtiger Allgäuer und ebenfalls langjähriger Gewerkschaftsfunktionär, rückte kommissarisch an die Seite Eva Mendls. Von Frieden konnte aber immer noch keine Rede sein. Im Sommer 2010 fuhr Schatzmeister Ulrich Voß schweres Geschütz gegen Ernst auf. Dieser habe als Spitzenkandidat mit Karteileichen die Mitgliederzahlen frisiert und auf diese Weise die eigenen Leute auf der Liste zur Bundestagswahl durchgeboxt. Voß' Kritik ähnelte derjenigen Zegas, indem er Ernst und Mendl vorhielt, im bayerischen Landesverband „ausgeprägte undemokratische Strukturen“ etabliert zu haben, die an den „Beginn der Stalin-Ära“ erinnerten. Ernst und seine „Clique“ agierten mit „Niederträchtigkeiten, Dummheiten und fehlendem Unrechtsbewusstsein.“¹⁹ All diese Vorwürfe sind bis heute unbelegt; Ernst selbst sprach wohl nicht zu Unrecht von Intrige, war aber möglicherweise selbst nicht frei davon. Denn anderthalb Jahre später wird ein Papier publik mit Vorschlägen, wie 20 namentlich erwähnte innerparteiliche Gegner Ernsts durch gezielte Diffamierung und Fehlinformation mundtot gemacht werden sollten. Doch auch dessen Herkunft ist ungeklärt.

Der Ansbacher Parteitag im Dezember 2010 geriet jedenfalls zum Showdown zwischen den verfeindeten Flügeln. Am Ende des chaotischen, von Tumulten begleiteten Kongresses ging der Gewerkschaftsflügel als Sieger hervor: Merk setzte sich mit 56 Prozent gegen seinen radikalen Kontrahenten Erkan Dinar durch, Ulrich Voß trat zurück (nicht ohne Ernst mit neuen Schmähungen zu bedenken) und ein Abwahantrag gegen Eva Mendl scheiterte mit großer Mehrheit. Versuche der AKL und des Jugendverbands *Solid*, den Parteitag – das Bundesschiedsgericht der Linken erklärte ihn im Nachhinein für gültig – platzen zu lassen, blieben ohne Erfolg. Politische Inhalte wurden auch in Ansbach nicht diskutiert. Klaus Ernst appellierte

¹⁶ Wolfgang Hübner: Bayern-LINKE zieht Notbremse, in: Neues Deutschland vom 24. Februar 2010.

¹⁷ Franc Zega: Nominierung der Kandidaten/innen für den Parteivorstand der Partei DIE LINKE, Manuskript, 30. Januar 2010.

¹⁸ Rolf-Henning Hintze: Linksfunktionär stolperte über Mindestlohn, in: Neues Deutschland vom 6. Juli 2010.

¹⁹ Zit. n. Uwe Ritzer: Karteileichen und erfundene Mitglieder, in: Süddeutsche Zeitung vom 13./14. August 2010.

zwar an die Delegierten, sich nicht ausschließlich mit der Frage zu beschäftigen, „wie wir am besten von hinten den eigenen Leuten in die Knie treten.“²⁰ Doch diese Worte hörten nur noch seine Anhänger; die radikalen Linken hatten den Saal längst verlassen.

3. Perspektiven

Das für die – seit 2012 von Xaver Merk und der moderat auftretenden Eva Bulling-Schröter geführte – bayerische Linke so turbulente Jahr 2010 festigte den Einfluss der gemäßigeren Kräfte. „Öffentliche Auseinandersetzungen bleiben aus, weil linksoppositionelle Gruppierungen im Landesverband Bayern seit 2012/2013 in der Defensive sind: Die [...] AKL ist zerfallen, der Einfluss der [trozkistischen] SAV – beschränkt auf München – schrumpft. Die Kommunistische Plattform [der alten PDS] fristet nur ein Schattendasein.“²¹ Doch das Zerwürfnis ist keineswegs beendet, die Ruhe trügerisch. Es sei keineswegs so, „dass wir alle gemeinsam an einem Strang ziehen“, musste ein von den Auseinandersetzungen ermatteter Xaver Merk noch im April 2013 einräumen.²² Die Streitigkeiten in Bayern täuschen darüber hinweg, dass sich das Gewerkschaftslager in der Flügeltektonik der Gesamtpartei mit den radikalen Kräften verbündet und Front macht gegen „Reformer“ und „Pragmatiker“. Eine Abgrenzung gegenüber extremistischen Kräften findet in der gesamten Linken ohnehin nur aus strategischen Erwägungen statt – dass es sich um Gegner der Demokratie handelt, spielt dagegen keine Rolle.

Von Politikfähigkeit ist der bayerische Landesverband trotz der momentanen Dominanz des Gewerkschaftsflügels weit entfernt. Der Rückzug der Radikalen ist ein Pyrrhussieg für die gemäßigeren Kräfte: Denn die von vornherein schwachen Strukturen zerfallen eher, als dass sie erstarken; Kreisverbände lösen sich auf. „Der Mitgliederzuwachs nach 2012 ist kaum geeignet, die fehlende Verankerung auf dem Land sowie in den meisten Mittel- und Kleinstädten zu verbessern.“²³ Hinzu kommt: Strukturell schwache Organisationen sind stets anfällig für extremistische Unterwanderung. Es ist keineswegs sicher, dass die radikalen Linken im bayerischen Landesverband nicht wieder erstarken. Und ob die moderateren Kräfte tatsächlich zu einer weitgehend ideologiefreien Realpolitik in der Lage sind, muss ebenfalls bezweifelt werden. Mit seinem Pragmatismus beim Mindestlohn stand Michael Wendl allein da. Ohnehin ist die politische Konjunktur der Ex-WASGLer abgeflaut; und auch innerhalb der Linken scheint der Einfluss von Klaus Ernst und seinen Mitstreitern zu schwinden. Ob das in Bayern Platz schafft für die dort bislang unbekannte Spezies des Realpolitikers, darf allerdings bezweifelt werden.

Demokratisiert sich die Linke? Dieser Eindruck könnte durchaus entstehen, lässt man die Verfassungsschutzberichte des Bundes und der Länder in den letzten Jahren Revue passieren. Insgesamt geht die Erwähnung der Partei immer mehr zurück, was aber keine Rückschlüsse auf die Entwicklung der Linken zulässt. Die Einschätzungen der Partei ändern sich, weil die politischen Vorgaben der Verfassungsschutzbehörden – diese agieren nicht autonom – geändert haben. Ist es legitim, eine Partei vom Verfassungsschutz beobachten zu lassen, die starke Fraktionen im Bundestag und in Landtagen stellt – und (bis auf Sachsen) in den allen

²⁰ Zit. n. Chaotischer Linken-Parteitag – Merk neuer Landeschef, in: dpa vom 11. Dezember 2010.

²¹ Andreas M. Vollmer: Die linksextremistische Szene in Bayern, in: Gerhard Hirscher (Hg.): Linksextremismus in Deutschland. Bestandsaufnahme und Perspektiven, München 2014, S. 44.

²² Vgl. Uwe Ritzer: Trügerische Ruhe nach den Grabenkämpfen, in: Süddeutsche Zeitung vom 19. April 2013.

²³ Vollmer (wie Anm. 21).

neuen Ländern mitregiert(e)? Auch diese Diskussion führt in die Irre. Die Antwort muss lauten: Ja. Jedenfalls solange eindeutig extremistische Gruppierungen inhärenter Bestandteil der Partei sind und Äußerungen führender Funktionäre Hinweise auf „systemfeindliche“ Attitüden geben. „Beobachten“ heißt nicht bespitzeln. Und der vorgelagerte Demokratieschutz der Bundesrepublik gebietet es, wachsam zu sein. Es geht nicht darum, die Linke unter Pauschalverdacht zu setzen. Niemand stellt die Partei – wie es die Linke und andere Gegner der Extremismustheorie gerne behaupten – auf eine Stufe mit der NPD. Dass es demokratiefeindliche Tendenzen in der Linken gibt, ist evident. Würde man in Bezug auf die durch und durch rechtsextremistische NPD von „Tendenzen“ sprechen?